



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/266

14. November 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Diskussion um den Südweststaat	S.1
Russischer Kleinkrieg in Österreich	S.3
Maßgebend am Rassengesetz beteiligt	S.4
Nachrichten aus der Ostzone	S.5

## Mehr als der Südweststaat.

K.P.Sch. Ein mit dem erforderlichen Galgenhumor begabter Publizist stellte Ende vergangenen Jahres die Freisfrage, welches "über-nationale Gebilde im kommenden Jahre der Verwirklichung schneller entgegenreifen werde: die europäische Union oder der Südweststaat. Heute wissen wir wenigstens schon soviel, daß das Jahr 1950 weder das eine noch das andere gebären wird. Immerhin liegen beide "Konkurrenten" noch immer mit gleichen Chancen im Rennen.

Bekanntlich muß sich nach dem Scheitern direkter Verhandlungen der drei südwestdeutschen Regierungschefs der Bund wohl oder übel mit dem Thema Südweststaat befassen. Es wird kaum ein angenehmes und reinliches Erbe sein, zumal sich auch die Frage nach der Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz stellen dürfte. Mit Südwürttemberg, Südbaden und Rheinland-Pfalz hat die ehemalige französische Militärregierung gleich drei lebensunfähige Länderschöpfungen zustandegebracht. Südwürttemberg und Südbaden können wirtschaftlich nicht aus eigener Kraft existieren, die Pfälzer und Rheinländer dagegen haben traditionell nicht viel mehr miteinander gemein als den Bindestrich in dem Namen "Rheinland-Pfalz".

In der vorwiegend protestantischen Pfalz bestehen im wesentlichen zwei Strömungen, die beide-wenn auch mit verschiedenen Zielen-die Loslösung von der ehemals Koblenzer und heute Mainzer "Vormundschaft" erstreben: die eine tendiert nach einem Wiederanschluß an Bayern, und München läßt nichts unversucht, um unauffällig, aber beharrlich in der Pfalz hierfür Stimmung zu machen, die andere wartet auf den Südweststaat, um sich ihm anzuschließen.

Ein Südweststaat mit etwaiger späteren Eingliederung der Pfalz:

das wäre nicht nur ein wirtschaftlich gesundes und leistungsfähiges, sondern auch politisch zu Hoffnungen berechtigtes Gebilde, das den Anschluss an die rühmliche und ehrwürdige Tradition wiederfinden könnte, wie sie um die Zeit der deutschen Revolution von 1848 bestand. Gerade hiergegen sträubt sich aber das kleine Südbaden, in dessen starrköpfiger Haltung sich politische, klerikale und persönliche Momente eigenartig durchmischen. Dabei scheint seltsamerweise der südbadische Staatspräsident Wohleb mit seinem beharrlichen Hinweis auf die Zufallstatsache, dass bei der Volksbefragung am 24. September in den Gebieten Altbadens knapp über 50 Prozent gegen den Südweststaat stimmten, seinen Eindruck auf seine beiden bisherigen Verhandlungspartner nicht verfehlt zu haben. Der südwürttembergische Staatspräsident Müller will jedenfalls die Durchzählung der Stimmen bei einem endgültigen Volksentscheid nach den alten, nicht nach den neuen Ländergrenzen getrennt, vorschlagen.

Das würde allerdings der Entwicklung der letzten fünf Jahre widersprechen. Die nordbadische Industrie vor allem hat seit 1945 ihren Platz an der Seite Württembergs gefunden und denkt nicht daran, ihn zugunsten vager und inhaltsleerer altbadischer Träume aufzugeben. Die einzig sinnvolle Lösung, die der Bund treffen könnte, wäre die Durchzählung der Stimmen im Rahmen der heute bestehenden drei Länder. Sollte man sich dennoch Südbaden gegenüber zu dem Kompromiß verstehen, dass die Errichtung eines Südweststaates der Mehrheit in allen drei Ländern bedarf, so könnte es logischerweise bei einer Abstinenz Südbadens den beiden anderen nicht verwehrt werden, sich nach dem Willen ihrer Bevölkerung auf eigene Faust zusammenzuschließen. Wie wenig Herrn Wohleb in diesem Falle seine "splendid isolation" bekäme, würde sich dann wohl in naher Zukunft erweisen.

#### Russischer Kleinkrieg in Oesterreich

F., Wien, 13. November 1950

Mit Genugtuung haben die Oesterreicher zur Kenntnis genommen, dass die Westmächte zum Wochenende im sowjetischen Außenministerium gegen die Bedrohung der Unabhängigkeit der oesterreichischen Regierung protestiert haben. Während die Ruhe im Lande längst wieder hergestellt ist, zieht das diplomatische Nachspiel, das im Alliierten Rat zu Wien begann, immer weitere Kreise. Nicht ohne Absicht hatten die Westmächte

die Sitzung des Alliierten Rates am Wochenende abgewartet, in der General Swiridow, der sowjetische Hochkommissar, sich zu den Protestschreiben der Wiener Regierung äussern sollte. Bundeskanzler Figl hatte sich beschwert, dass die Russen sich weigerten, die vom Innenminister Helmer veranlasste Dienstenthebung der Leiter von fünf Wiener Polizeikommissariaten anzuerkennen. Nach österreichischer Ansicht haben diese Beamten ihre Suspendierung verdient: sie hatten bei den letzten Krawallen mit den Putschisten gemeinsame Sache gemacht und sich nachher hinter einen Befehl der östlichen Besatzungsmacht verschanzt, trotz Dienstenthebung weiter Dienst zu tun, wenn die Russen dagegen nichts einzuwenden hätten. Ferner protestierte der Kanzler gegen die russische Weisung, dass den ungetreuen Polizeibeamten und anderen Putschisten kein Verfahren gemacht werden dürfe.

Auf der Sitzung der vier Hochkommissare ist es lebhaft zugegangen. Hatte sich Swiridow in den letzten Zusammenkünften vor der Behandlung des für ihn peinlichen Themas gedrückt, indem er von der furchtbaren Nazi-Gefahr in Oesterreich laut träumte, so beschuldigte er (laut TASS) diesmal die Engländer und Amerikaner, sie errichteten in Oesterreich ein Kolonialregime, und die österreichische Regierung schaffe auf dem Verordnungswege eine rechtliche Basis für eine militärische Tätigkeit. So seien ehemalige deutsche (!) Wehrmachtsoffiziere im Handelsministerium (!) mit der Planung von neuen Flugplätzen beschäftigt. Tags vorher hatte der Sprecher der Kommunisten im Parlament behauptet, die "Schlinge des Marshallplanes sei zugezogen, das Volk Oesterreichs kriege keine Luft." Unverzüglich antwortete ihm der Hauptredner der Sozialisten, Dr. Migsch, ein gewiegter Statistiker: Oesterreich habe seit 1945 aus verschiedenen westlichen Hilfsquellen etwa 986 Millionen Dollar erhalten, Russland aber habe aus der laufenden Produktion, an Demontagen, durch Beanspruchung des Auslandsvermögens und an Besatzungskosten bisher nicht weniger als 1.094 Millionen Dollar eingesteckt.

Die russischen Ablenkungsmanöver vermochten die westlichen Vertreter nicht zu irretieren. Der britische Hochkommissar Sir Harald Caccia nannte die russischen Massnahmen "ein Rezept für das Chaos".

Dieses Rezept wird in der Sowjetzone (zur "Stärkung der Demokratie") immer häufiger angewendet. In Wien wurde ein Gerichtsbeamter

von den Russen verhaftet, weil er ein rechtskräftig gewordenes Urteil vollstrecken ging. Auf einen Protest bei der örtlichen Kommandantur erklärte der Kommandant, er werde in Zukunft verlangen, dass die Richter vor Urteilsfällung seine Meinung einholen. Die "Sozialistische Korrespondenz" berichtet, dass der Bürgermeister von Mautern (Niederösterreich), Hubert Rohrhofer, auf Grund von Denunziationen der KP von der sowjetischen Kommandatur in Krems verhaftet wurde. Der Parteivorstand der SPÖ forderte die sofortige Entlassung des verdienten Mannes.

Die Exekutive, die Richter, die Staatsbeamten - von dem Einzelmenschen nicht zu reden - stehen in der russischen Zone Österreichs unter einem immer härter werdenden Druck. Die Herrschaft der Willkür soll eine allgemeine Rechtsunsicherheit und damit das Chaos herbeiführen. Dass sich bisher nur Wenige diesem Drucke beugten, erfüllt die aufrechten Österreicher mit Stolz.

- - - - -  
"Beteiligter Verfasser"

=====

Dr. Hans Globke, Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt hat zu den Veröffentlichungen über seine Person im Jahrbuch des Deutschen Gewerkschaftsbundes u.a. erklärt, er sei an der Abfassung der Nürnberger Gesetze nicht beteiligt gewesen. Ohne einen Kommentar anzufügen, veröffentlicht jetzt der Informationsdienst des DGB eine Abschrift aus den "Kriminalistischen Monatsheften", Zeitschrift für die gesamte Kriminalistische Wissenschaft und Praxis, Heft 7 vom Juli 1936, 10. Jahrgang.

#### VII. Besprechung von Büchern

W. Stuckart und H. Globke: Kommentare zur deutschen Rassegesetzgebung. Bd. I, München 1936.

C. E. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. 287 S. Preis: geb. 5,80 RM.

"Der vorliegende erste Band enthält das Reichsbürgergesetz, das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre und das Ehegesundheitsgesetz nebst allen einschlägigen Verordnungen. Dem Werk ist eine vorzügliche Einführung in das Problem Rasse, Volk und Vererbung vorangestellt, die zusammenhängend eine Übersicht über die weiter sich auftuenden Fragen gibt. Die Kommentierung der Gesetzesbestimmungen ist in einer so sorgfältigen und erschöpfenden Weise erfolgt, dass sich die Arbeit der an massgebendster Stelle bei der Schaffung der Gesetze beteiligten Verfasser je länger desto mehr als unentbehrlich zur Behandlung der vielen schwierigen Fragen erweisen wird, welche die genannten Gesetze in sich bergen. Der Kreis der Interessenten für den Kommentar ist bei der Vollständigkeit des zusammengefassten Materials und bei der klaren, leicht verständlichen Sprache der Erläuterungen sehr gross; sie werden die Anschaffung nicht zu bereuen haben."

Verfasser der Buchbesprechung: Dr. Hagemann, heute Leiter der Kriminalabteilung im Bundesinnenministerium, der auch als möglicher Leiter des Bundeskriminalamtes genannt wird.

Nachrichten aus der Ostzone:Gestaffelte Freundschaft mit den Sowjets.

sp. Wie das Ostbüro der SPD erfährt, hat der sowjetzonale Volksbildungsminister Wandel Anweisungen zur Ausgestaltung des Dezembars, des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft, an alle Schulen erlassen. Demnach wird in den Schulen ein Aufsatzwettbewerb durchgeführt, dessen Themen für die einzelnen Altersgruppen unterschiedlich sind. Für die Gruppe der 10-12-jährigen lautet das Thema: "Warum bin ich ein Freund der Sowjetunion?", für die 12-14-jährigen "Die Sowjetunion kämpft um den Frieden der Welt?", für die Berufsschüler "Die deutsch-sowjetische Freundschaft hilft uns bei unserem Aufbau in der DDR", und für die Oberschüler "J.W. Stalin - der Bannerträger des Friedens und des Fortschritts in der Welt." Die Aufsätze der Schüler sind bis zum 30.11. an die Lehrer abzuliefern. Die Auswahl wird bei den Schülerräten, von einer Landeskommission und schließlich vom Ministerium der DDR getroffen. Die Prämierung soll in Verbindung mit Schulfeiern anlässlich des 71. Geburtstag Stalins am 21. Dezember 1950 erfolgen.

Unter dem Titel "Unser Lesebuch" wird in den Schulen der Sowjetzone außerdem eine im zentralen Informationsdienst bearbeitete Propagandaschrift verbreitet, die im Unterricht als Lesestoff herangezogen werden soll. Diese SED-Propagandaschrift erscheint im Verlag "Volk und Wissen", dem kommunistischen Lehrmittelverlag der Sowjetzone.

"Nicht restlos, aber bald... in kleinen Mengen".

"Leipziger Volkszeitung" (SED Bez. Westsachsen): Welche Fortschritte die volkseigene Schuhfabrikation bereits gemacht hat, zeigen einige Zahlen. Im Zuge der Erfüllung des Zweijahresplanes erhöhten sich die Zahlen der in Leipzig-Stadt ausgegebenen Schuhbezugscheine von Ende 1947 bis Ende 1949 für Männerschuhe um 620 Prozent, für Frauenschuhe um 265 Prozent, für Kinderschuhe um 270 Prozent, für Jugendschuhe um 680 Prozent, und noch höher liegt der Prozentsatz für Arbeitsschuhe. Praktisch, so wurde uns gesagt, würde die Kapazität der Erzeugung von Straßenschuhen in unserer Republik heute schon ausreichen, um jedem Einwohner im Jahr ein Paar Schuhe zu liefern. Der Gesamtbedarf konnte bisher nicht restlos gedeckt werden, weil zunächst noch ein großer Prozentsatz von Schuhen mit Hilfe von Ersatzstoffen, vor allem Textilien, hergestellt werden mußte, die einem schnelleren Verschleiß unterworfen sind als Lederschuhe. Die Stoffschuhe aber gehören bald der Vergangenheit an, sie werden durch punktpflichtige, aber bezugscheinfreie Gebrauchsschuhe aus einem haltbaren Kunstleder abgelöst werden, die schon in diesem Monat in kleineren Mengen in den Verkauf kommen."

Sie glauben nicht an Stalin.

sp. Volkskorrespondent Rudolf Mai beklagt sich in der "Chemnitzer Volksstimme" (SED) bitter darüber, daß die Arbeiter der Astra-Werke in Chemnitz (Sachsen) die Anerkennung Stalins als "Führer des Weltproletariats" durch die SED als "Lobhudelei" bezeichnen. Das sei eine "gefährliche Auffassung des Sozialdemokratismus".

Pakete wie ins "feindliche Ausland".

sp. In Anklam wurden vor kurzer Zeit etwa 20 Personen durch den SED verhaftet. Am Tage darauf erhielt das Postamt die Auflage, Briefpost und Pakete aus Westberlin und der Westzone zu öffnen und zu überprüfen. Pakete nach Westberlin oder den Westzonen müssen vom Absender persönlich bei der Post abgeliefert werden, sie dürfen außerdem nicht verschlossen sein. Das Postamt Anklam mußte aus diesem Grunde zwei neue durch die SED empfohlene Arbeitskräfte einstellen.

Verantwortlich: I. V. Josef Schmitt.